



Emmenbrücke, 8. April 2015

Medienmitteilung

Nein-Parole des Schweizerischen Studentenvereins zur Stipendieninitiative des VSS

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Studentenvereins (Schw. StV), der grössten Vereinigung farbentragender Studierender und ehemaliger Studierender der Schweiz beschloss am 28. März 2015 mit wuchtigem Mehr die Nein-Parole zur «Stipendieninitiative». Damit werden die bisherigen Positionen des Vereins untermauert. So unterstützte der Schw. StV von Beginn weg die Errichtung der mittlerweile in Kraft getretenen, Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat) und sprach sich in seiner Stellungnahme zudem klar für die vorgeschlagenen Änderungen am Ausbildungsbeitragsgesetz aus, welches der Volksinitiative als indirekter Gegenvorschlag gegenüber steht. Für die Delegierten ist klar, dass die Stipendien weiterhin durch die Kantone auszurichten sind. Das von den Initianten geforderte Lohnmodell lehnen sie deutlich ab. Den durchaus wünschenswerten Harmonisierungen wird durch Konkordat und Ausbildungsbeitragsgesetz genügend Rechnung getragen.

Einstiegsreferat von Ständerat Urs Schwaller

Am Samstag, 28. März 2015, trafen sich rund 70 Delegierte von Verbindungen und Altherrenverbänden des Schw. StV zur Frühlings-DV in Bern. Zu Beginn der Debatte orientierte Vereinsmitglied Urs Schwaller, Ständerat des Kantons Freiburg, über die bestehende Grundlage in Art. 66 der Bundesverfassung, welche erst vor knapp zehn Jahren in der vorliegenden Fassung vom Volk verabschiedet wurde. Es besteht kein Grund, diese Bestimmung bereits wieder zu ändern. Dasselbe gilt für das darin verankerte föderalistische Prinzip, wonach die Stipendien in die Hoheit der Kantone fallen. Der Schw. StV steht gemäss seinen Grundsatzpapieren zum demokratischen und föderalistischen Wesen unseres Staates und will keine unnötigen Zentralisierungen.

Zentralkomitee beantragt Nein-Parole

Das Zentralkomitee unter Zentralpräsident Matthias Frei beantragte den Delegierten denn auch die Nein-Parole. Es stützt sich dabei auf frühere Verlautbarungen zum Stipendien-Konkordat und zum Ausbildungsbeitragsgesetz sowie die umfangreichen Vorarbeiten seiner Bildungspolitischen Kommission. Der Schweizerische Studentenverein ist mit seinen rund 7'500 Mitgliedern der grösste Verband aktiver und ehemaliger farbentragender Studierender.

Appell zur raschen Umsetzung

Der Schweizerische Studentenverein hält fest, dass sich die Anpassung des Ausbildungsbeitragsgesetzes schon seit langem, spätestens aber seit den Umwälzungen aufgrund der Einführung des Bologna-Systems aufgedrängt hatte. Die wertvolle Vorarbeit im Rahmen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Rahmen des Stipendien-Konkordates, welches 2013 in Kraft getreten ist, muss nun rasch umgesetzt werden. 16 Kantone haben mittlerweile dieses Konkordat, das mit der Zusicherung von Bundesfinanzen und somit einer höheren Mittelausschüttung an die Studierenden verbunden ist, unterzeichnet. In den restlichen Kantonsparlamenten laufen die Auseinandersetzungen auf parlamentarischer Ebene. Die 16 Kantone vereinen 70 Prozent der Wohnbevölkerung und somit kommen quasi auch drei Viertel aller Studierenden in den Genuss der angepassten Finanzierungskonzepte.

Der Schweizerische Studentenverein lehnt ein Lohnmodell, wie es die VSS-Initiative fordert, und eine damit verbundene Verschiebung der Zuständigkeit auf die Bundesebene klar ab. Er unterstützt die Beibehaltung der kantonalen Entscheidungskompetenz und eine bedarfsfokussierte Unterstützung der Studierenden. Darüber hinaus befürchtet er, dass die Mehrkosten bei Annahme der VSS-Initiative auf Bundesebene in anderen Bereichen der Bildung eingespart werden müssten.

Für Anfragen stehen zur Verfügung:

Matthias Frei, Präsident des Schweizerischen Studentenvereins: 079 333 07 59 – cp@schw-stv.ch

Philipp Miauton, ressort politique de l'éducation: 079 277 68 41 – topboy@schw-stv.ch